

LUCA SILVANI

Richtervorlagen in Deutschland und Italien

Verfassungsentwicklung in Europa

32

Mohr Siebeck

Verfassungsentwicklung in Europa

herausgegeben von
Hartmut Bauer, Peter M. Huber
und Karl-Peter Sommermann

32



Luca Silvani

Richtervorlagen in Deutschland und Italien

Ein Rechtsvergleich

Mohr Siebeck

Luca Silvani, geboren 1994; Studium der Rechtswissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Università degli Studi di Padova; 2019 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medien- und Informationsrecht, Abt. II: Öffentliches Recht der Universität Freiburg; Rechtsreferendariat am Kammergericht Berlin; 2025 Zweite Juristische Staatsprüfung und Promotion (Freiburg).
orcid.org/0009-0006-8941-9458

ISBN 978-3-16-200507-6 / eISBN 978-3-16-200508-3

DOI 10.1628/978-3-16-200508-3

ISSN 1861-7301 / eISSN 2569-4553 (Verfassungsentwicklung in Europa)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

A mio papà

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2025 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Sie gibt den Stand von Literatur und Rechtsprechung im Wesentlichen bis Ende 2024 wieder. Einzelne für die Fragestellung besonders relevante Beiträge sowie Gerichtsentscheidungen konnten bis September 2025 berücksichtigt werden. Die Weblinks wurden im Januar 2026 zuletzt aufgerufen.

Für seine wertvollen Anregungen, nicht zuletzt bei der Konkretisierung des Forschungsgegenstandes, für das Vertrauen, mich meinen eigenen Weg finden zu lassen, und für seinen andauernden Beistand möchte ich zuallererst meinem akademischen Lehrer und Doktorvater, Prof. Dr. Matthias Jestaedt, danken. Die anregende Zeit als studentische Hilfskraft an seinem Lehrstuhl hat mein wissenschaftliches Interesse keimen und wachsen lassen. Prof. Dr. Paulina Starski danke ich herzlich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie für hilfreiche Anmerkungen zur Arbeit. Während des Großteils meiner Forschung war ich als akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Jens-Peter Schneider tätig. Seine wissenschaftliche Gründlichkeit, Umsicht und Organisation waren und sind mir ein Vorbild – ebenso wie seine menschliche Wärme, auf die ich mich gerade in schweren Zeiten verlassen durfte. Ihm danke ich sehr. Dem Verlag und den Herausgebern danke ich für die Aufnahme in diese Schriftenreihe.

Dem Dipartimento di Diritto pubblico italiano e sovranazionale der Università degli Studi di Milano und insbesondere den dort forschenden Doktorandinnen und Doktoranden danke ich für die herzliche Aufnahme und den Austausch während meines Forschungsaufenthaltes. Den Kolleginnen und Kollegen meiner beiden Freiburger Lehrstühle möchte ich für die schönen gemeinsamen Jahre und die vielen Gespräche danken, die über das Fachliche hinausreichten.

Mein großer Dank gilt außerdem der Heinrich-Böll-Stiftung, die mich während meiner Promotionszeit mit einem großzügigen Stipendium gefördert hat, der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, die diese Arbeit mit dem Werner-von-Simson-Preis 2025 ausgezeichnet hat, sowie der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung aus Hamburg für die freundliche Unterstützung beim Druck der Arbeit.

Ganz besonders möchte ich mich bei den Menschen bedanken, die diese Arbeit erst ermöglicht haben. Meinen Freundinnen und Freunden danke ich für ihren Rat und ihre Begleitung. Mein größter Dank gilt meiner Familie: meiner Mutter, Claudia Silvani, meiner Schwester, Luisa Silvani, meiner Tochter Amelie

und meiner Partnerin, Noreen Schwuchow. Ihrem liebevollen und bedingungslosen Rückhalt, ihrem Zuspruch und ihrer Geduld verdanke ich nicht nur diese Arbeit. Vor allem meine Mutter und meine Partnerin gaben mir stets Kraft und Orientierung. Von ganzem Herzen danke ich schließlich meinem Vater, Maurizio Silvani, der leider viel zu früh verstorben ist und den Abschluss dieser Arbeit nicht mehr erlebt hat. Er hat mir die Neugier geschenkt, die Grundlage, Ausgangs- und Endpunkt dieser Arbeit ist. È a lui che questo lavoro è dedicato.

Berlin, am 27. Juli 2026

Luca Silvani

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Einleitung	1
<i>A. Methodik</i>	2
<i>B. Ziele und Gang der Untersuchung</i>	3
<i>C. Exkurs: Bedeutung und Funktion der Verfassungsbeschwerde</i>	5
<i>D. Grundlagen</i>	8
I. Gesetzliche Ausgangslage	8
II. Zweck der Richtervorlage	9
III. Prüfungs- und Verwerfungsbefugnis	12
IV. Wesen der Richtervorlage	17

§ 1 Die Richtervorlage vor den Fachgerichten	23
--	----

<i>A. Zulässigkeitsvoraussetzungen</i>	23
I. Vorlageberechtigung	23
1. Vorlegendes Gericht	24
a) Gerichtsverständnis in Deutschland	24
b) Gerichtsverständnis in Italien	25
c) Einzelfälle	26
d) Vergleich	28
2. Verfahrenseinleitung durch die Prozessbeteiligten	31
II. Gesetze als Vorlagegegenstand	32
1. Grundsätzliches	33
a) Deutsches formelles Gesetzesverständnis	33
b) Leggi und atti aventi forza di leggi	33
2. Verfassungsrecht	36
a) Rechtslage in Deutschland	36

b) Rechtslage in Italien	36
c) Vergleich	37
3. Vorkonstitutionelle Gesetze	37
a) Rechtslage in Deutschland	38
b) Rechtslage in Italien	38
c) Vergleich	39
4. Gesetzgeberisches Unterlassen	41
5. Unionsrecht	42
6. Zwischenergebnis	43
III. Prüfungsmaßstab der Fachgerichte	44
IV. Anforderungen an die Vorlage	47
1. Bezeichnung von Gegenstand und Maßstab	47
2. Anforderungen an die Auffassung der Verfassungswidrigkeit	48
a) Richterliche Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	49
b) Non manifesta infondatezza	50
c) Verfassungskonforme Auslegung als Zulässigkeitsvoraussetzung	51
aa) Das Konzept und seine Herleitung	52
bb) Prozessökonomischer Filter in Deutschland?	56
cc) Dezentralisierung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Italien?	58
(1) Diritto vivente und verfassungskonforme Auslegung	59
(2) Genese der Voraussetzung	61
dd) Grenzen der verfassungskonformen Auslegung	64
ee) Kritik an der verfassungskonformen Auslegung	66
ff) Vergleich	69
d) Begründungspflichten des vorlegenden Gerichts	74
aa) Begründungspflichten in Deutschland	74
bb) Begründungspflichten in Italien	77
cc) Vergleich	78
e) Zwischenergebnis	78
3. Entscheidungserheblichkeit und rilevanza	79
a) Entscheidungserheblichkeit	80
aa) Elemente der Entscheidungserheblichkeit	82
(1) Entscheidung	82
(2) Erheblichkeit	83
(3) Zeitpunkt der Entscheidungserheblichkeit	84
bb) Begründungspflichten	85
cc) Einzelfälle	86
(1) Vorläufiger Rechtsschutz	86
(2) Gleichheitswidriger Begünstigungsausschluss	88
(3) Mittelbare Entscheidungserheblichkeit	90
dd) Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht	91
ee) Entscheidungserheblichkeit und verfassungskonforme Auslegung	93

ff) Zwischenergebnis	93
b) Rilevanza della questione di legittimità costituzionale	94
aa) Zeitpunkt der Relevanz	97
bb) Begründungspflichten	98
cc) Einzelfälle	98
(1) Norme penali di favore	99
(2) Leggi elettorali	99
(3) Processo cautelare	102
dd) Kontrolle durch die Corte costituzionale	102
ee) Zwischenergebnis	103
c) Vergleich	105
4. Zwischenergebnis	109
V. Vorlagepflicht	110
 B. Vorlage- und Aussetzungsbeschluss	113
C. Zwischenergebnis	114
 § 2 Die Entscheidungen der Verfassungsgerichte	117
A. Grundlagen	118
I. Aufbau, Zusammensetzung und Berufung der Verfassungsgerichte	118
1. Bundesverfassungsgericht	118
2. Corte costituzionale	120
3. Vergleich	120
II. Verfahrensablauf	121
1. Innergerichtliche Zuständigkeiten	121
2. Formale Entscheidungsvarianten	122
a) Urteil und Beschluss	122
b) Sentenza und ordinanza	123
c) Zwischenergebnis	124
3. Mündliche Verhandlung als gesetzliche Regel	125
4. Verfahrensbeteiligte	126
a) Verfahrensbeteiligte in Deutschland	126
b) Verfahrensbeteiligte in Italien	127
c) Vergleich	130
5. Entscheidungsmodus und Sondervoten	131
a) Die deutsche Praxis	131
b) Kollegialitätsprinzip in Italien	132
c) Vergleich	133
III. Prüfungsgegenstand der Verfassungsgerichte	135

1. Rechtslage in Deutschland	135
2. Rechtslage in Italien	136
3. Unionsrecht als Gegenstand der verfassungsgerichtlichen Prüfung	137
a) Wirkmechanismen des Unionsrechts in den nationalen Rechtsordnungen	137
aa) Vorrang des Unionsrechts	137
bb) Deutsche Kontrollvorbehalte	138
cc) Italienische Kontrollvorbehalte	140
b) Rechtslage in Deutschland	141
aa) EU-Primärrecht	143
bb) EU-Sekundärrecht	143
cc) Umsetzungsgesetze	143
c) Rechtslage in Italien	144
4. Vergleich	145
IV. Prüfungsmaßstab der Verfassungsgerichte	146
1. Grundsatz: Verfassung als Prüfungsmaßstab	146
2. Unionsrecht als Prüfungsmaßstab	148
a) Rechtslage in Deutschland	148
aa) Unionsrecht als Prüfungsgegenstand	149
bb) Nationales Recht als Prüfungsgegenstand	150
b) Rechtslage in Italien	154
aa) Unionsrecht als Prüfungsgegenstand	155
bb) Nationales Recht als Prüfungsgegenstand	155
c) Vergleich	161
3. EMRK als Prüfungsmaßstab	165
a) Rechtslage in Deutschland	165
b) Rechtslage in Italien	167
c) Vergleich	169
V. Verfassungsgerichtliche Auslegungsbefugnis des Prüfungsgegenstands	171
1. Auslegungsbefugnis des Bundesverfassungsgerichts	172
2. Auslegungsbefugnis der Corte costituzionale	173
3. Vergleich	173
VI. Bindungswirkung der Entscheidungen	175
1. Bindungswirkung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	175
a) Rechtskraft	176
b) Bindungswirkung gem. Art. 94 Abs. 4 S. 1 GG und § 31 Abs. 1 BVerfGG	176
c) Gesetzeskraft gem. § 31 Abs. 2 BVerfGG	177
2. Bindungswirkung der Entscheidungen der Corte costituzionale	178
3. Vergleich	180
VII. Normwiederholungsverbot?	180

1. Uneiniges Bundesverfassungsgericht	180
2. Giudicato costituzionale	183
3. Vergleich	184
<i>B. Prozessentscheidungen</i>	186
I. Rechtslage in Deutschland	186
II. Rechtslage in Italien	186
1. Inammissibilita`/manifesta inammissibilita`	186
2. Unzulässigkeit wegen discrezionalita` del legislatore	187
III. Vergleich	190
<i>C. Sachentscheidungen</i>	193
I. Entscheidungen bei unbegründeten Vorlagen	194
1. Rechtslage in Deutschland	194
a) Vereinbarerklärung	194
b) Verfassungskonforme Auslegung	195
c) Appellentscheidung	199
d) Zwischenergebnis	201
2. Rechtslage in Italien	201
a) Decisione di rigetto	201
b) Decisione interpretativa di rigetto	202
aa) Begrenzte Bindungswirkung	203
bb) Diritto vivente und doppie pronunce	204
cc) Decisione interpretativa di rigetto bei Auslegungsfehlern	205
c) Decisione monito	205
3. Vergleich	206
a) Vereinbarerklärung und decisione di rigetto	206
b) Verfassungskonforme Auslegung	207
c) Appellentscheidung und decisione monito	210
II. Entscheidungen bei begründeten Vorlagen	210
1. Nichtigkeit als Regelfall	210
a) Nichtigserklärung in Deutschland	210
aa) Dogmatische Grundlagen	211
(1) Nichtigkeitstheorie	211
(2) Vernichtbarkeitstheorie	211
(3) Stellungnahme	212
bb) Quantitative Teilnichtigserklärung	213
cc) Qualitative Teilnichtigserklärung ohne Normtextreduzierung	214
dd) Erweiterung des Entscheidungsgegenstands	214
ee) Rechtsfolgen der Nichtigkeit	215
b) Nichtigserklärung in Italien	217
aa) Konstitutive oder deklaratorische Wirkung?	217

bb) Teilnichtigerklärung	218
cc) Rückwirkung der Nichtigerklärung	219
dd) Erweiterung des Entscheidungsgegenstands	220
c) Vergleich	221
2. Weitere Entscheidungsvarianten	223
a) Unvereinbarerklärung in Deutschland	223
aa) Überblick über die Rechtsfolgen	224
(1) Wirkungen in der Zeit	224
(2) Unterschiede zwischen Nichtig- und Unvereinbarerklärung	225
bb) Begründungsansätze für die Unvereinbarerklärung	226
(1) Besonderheiten des Art. 3 Abs. 1 GG	226
(a) Verfassungswidrige Normenrelation	227
(b) Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers	228
(c) Loslösung von Art. 3 Abs. 1 GG	229
(d) Fazit	230
(2) Abwägungslehre	230
(a) Rechtsvakuum	231
(b) Zeitliche Dimension	231
(c) Kritische Würdigung	231
(3) Gesetzgeberisches Unterlassen	233
(4) Zwischenergebnis	234
cc) Rechtsfolgen der Unvereinbarerklärung im Einzelnen	235
(1) Aussetzungspflicht	235
(2) Anwendungssperre	235
(3) Gesetzgeberische Verpflichtung zur Herstellung verfassungsgemäßer Zustände	236
(4) Weiteranwendungsanordnung	238
(a) Rechtsgrundlage	238
(b) Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts	240
(5) Erweiterung des Entscheidungsgegenstands	241
dd) Richterliches Übergangsrecht	241
(1) Praxis des Bundesverfassungsgerichts	241
(2) § 35 BVerfGG als Rechtsgrundlage	242
(3) Verfassungsdurchsetzung als Rechtsgrundlage	243
(4) Funktionelle Schranken	245
(5) Bindungswirkung des Übergangsrechts	247
ee) Übrige Rechtsetzungsdirektiven	248
ff) Konsequenzen gesetzgeberischer Untätigkeit	249
gg) Stufentheorie der Rechtsfolgenwahl	251
b) Rechtslage in Italien	253
aa) Decisione manipolativa nello spazio	254
(1) Decisione additiva	255

(a) Rime obbligate	257
(b) Decisione additiva di principio	258
(c) Neue Doktrin der rime possibili	259
(2) Decisione sostitutiva	261
(3) Zwischenergebnis	261
bb) Decisione manipolativa nel tempo	262
(1) Auswirkungssteuerung für die Vergangenheit	263
(a) Decisione di incostituzionalita' sopravvenuta	263
(b) Decisione di incostituzionalita' differita pro praeterito	263
(2) Auswirkungssteuerung für die Zukunft	266
(a) Decisione monito	266
(b) Decisione di incostituzionalita' differita pro futuro	267
(3) Zwischenergebnis	267
cc) Kritik: Kompetenzkonflikte	268
(1) Verfassungsprozessrecht als formelle Kompetenzgrenze	269
(2) Rime obbligate als materielle Kompetenzgrenze	269
dd) Zwischenergebnis	271
c) Vergleich	273
aa) Folgeverantwortung der Verfassungsgerichte	274
bb) Die Hürden des Verfassungsprozessrechts	277
cc) Gestalten statt Kassieren	279
 D. Effiziente Konstitutionalisierung als Ziel	284
 Ergebnis	289
 A. Zulässigkeitsvoraussetzungen: Das Verhältnis zu den Fachgerichten	290
B. Entscheidungsvarianten: Das Verhältnis zum Gesetzgeber	295
C. Druck erzeugt Anpassungen	298
 Conclusioni	303
 A. Requisiti di ammissibilita': il rapporto con i giudici a quo	304
B. Varianti decisionali: il rapporto con il legislatore	308
C. La pressione genera adeguamenti	312

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	317
<i>A. Einleitung</i>	317
<i>B. Die Richtervorlage vor den Fachgerichten</i>	318
<i>C. Die Entscheidungen der Verfassungsgerichte</i>	323
 Sintesi dei risultati principali	329
<i>A. Introduzione</i>	329
<i>B. Il rinvio pregiudiziale dinanzi ai giudici comuni</i>	330
<i>C. Le decisioni delle Corti costituzionali</i>	335
 Verzeichnis der wichtigen Entscheidungen der Corte costituzionale	341
A. Urteile	341
B. Beschlüsse	345
 Glossar italienischer Begriffe	347
Literaturverzeichnis	355
Register	379

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AGCM	<i>Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato</i> (nationale Wettbewerbsbehörde Italiens)
AIC	<i>Associazione Italiana dei Costituzionalisti</i> (Vereinigung italienischer Verfassungsrechtler)
AK	Alternativkommentar (zum Grundgesetz)
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Arch	Archiv des öffentlichen Rechts
art.	<i>articolo</i> (Artikel einer italienischen Norm)
Art.	Artikel
artt.	<i>articoli</i> (Plural von art.)
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter(in)
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer(in)
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
bspw.	beispielsweise
Bsw.	Beschwerde (in Zitaten des EGMR)
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (amtliche Sammlung)
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BvL	Registerzeichen des Bundesverfassungsgerichts für Vorlageverfahren nach Art. 100 Abs. 1 GG (konkrete Normenkontrolle)
BvR	Registerzeichen des Bundesverfassungsgerichts für Verfassungsbeschwerden

bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDFUE	<i>Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea</i> (EU-Grundrechtcharta)
CEDU	<i>Convenzione europea dei diritti dell'uomo</i> (Europäische Menschenrechtskonvention)
cfr.	<i>confronta</i> (italienisch: vergleiche)
CGUE	<i>Corte di giustizia dell'Unione europea</i> (Gerichtshof der Europäischen Union)
comma	Absatz einer italienischen Norm (z. B. „1° comma“)
Corte cost.	<i>Corte costituzionale</i> (italienischer Verfassungsgerichtshof)
Cost.	<i>Costituzione della Repubblica Italiana</i> (italienische Verfassung)
CSM	<i>Consiglio Superiore della Magistratura</i> (Oberster Gerichtsrat: Selbstverwaltungsorgan italienischer Richter und Staatsanwälte)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
diff.	differenzierend
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
engl.	englisch
EU	Europäische Union
EuConst	<i>European Constitutional Law Review</i>
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EurLawJ	<i>European Law Journal</i>
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende (Seite/Randnummer)
ff.	fortfolgende (Seiten/Randnummern)
FG	Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
gg.	gegen
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (EU-Grundrechtcharta)
grds.	grundsätzlich
GU	<i>Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana</i> (Italienisches Gesetzblatt)
Hrsg.	Herausgeber(in)
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland

id.	idem (derselbe, in Zitaten)
i. d. R.	in der Regel
i. Erg.	im Ergebnis
IJPL	<i>Italian Journal of Public Law</i>
insbes.	insbesondere
IPE	Handbuch Ius Publicum Europaeum
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
krit.	kritisch
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
lit.	litera (Buchstabe)
MIP	MIP – Zeitschrift für Parteienwissenschaften
MPIL	<i>Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law</i>
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n.	<i>numero</i> (Nummer, in italienischen Entscheidungszitaten)
N.F.	Neue Folge
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NLMR	Newsletter Menschenrechte
no.	<i>number</i> (Nummer)
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZWSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OMT	<i>Outright Monetary Transactions</i>
ord.	<i>ordinanza</i> (Beschluss)
pen.	<i>penale</i> (Strafsenat eines italienischen Gerichts)
pp.	<i>pagine</i> (Seiten)
PPU	<i>procédure préjudicielle d'urgence</i> (Eilvorabentscheidungsverfahren)
q. l. c.	<i>questione di legittimità costituzionale</i> (verfassungsgerichtliche Normenkontrolle)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite; Satz
sent.	<i>sentenza</i> (Urteil)
sez.	<i>sezione</i> (Abteilung/Senat eines italienischen Gerichts)
sog.	sogenannt
ss.	<i>seguenti</i> (italienisch: fortfolgende)
StGB	Strafgesetzbuch
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
S.U.	<i>Sezioni Unite</i> (Vereinigte Senate der italienischen <i>Corte di cassazione</i>)
u. a.	und andere
UE	<i>Unione europea</i> (Europäische Union)
Urt.	Urteil

v.	vom; von
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
zit.	zitiert (als)
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
zust.	zustimmend

Einleitung

Hans Kelsen, der Theoretiker der isolierten Verfassungsgerichtsbarkeit nach österreichischem Modell, machte bereits im Jahr 1928 in seinem Vortrag vor der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu Wien auf eine zentrale Weichenstellung für die Ausgestaltung verfassungsgerichtlicher Kontrolle aufmerksam. So erklärte er:

„Von größter Bedeutung ist die Frage: in welcher Weise das Verfahren vor dem Verfassungsgericht eingeleitet werden kann. Von der Regelung dieser Frage hängt in erster Linie das Ausmaß ab, in dem das Verfassungsgericht seine Aufgabe als Garant der Verfassung zu erfüllen vermag.“¹

Das Bundesverfassungsgericht und die italienische *Corte costituzionale* sind grundsätzlich nach dem Modell der isolierten Verfassungsgerichtsbarkeit kelsenianischer Prägung errichtet.² Im Zeitraum zwischen 1951 und 2024 erledigte das Bundesverfassungsgericht 266.588 Verfahren. 258.712 dieser Verfahren, und damit über 97 Prozent, waren Verfassungsbeschwerden.³ Der Verfassungsbeschwerde gem. Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a, Nr. 4b GG kommt im deutschen Verfassungsprozessrecht damit überragende Bedeutung zu. Mit großem Abstand folgt die Richtervorlage gem. Art. 100 Abs. 1 GG auf dem zweiten Platz.⁴ In Italien dagegen ist die Richtervorlage gem. art. 134 Cost. i. V. m. art. 1 legge costituzionale n. 1/1948 das wichtigste Verfahren vor der *Corte*.⁵ Dort gibt es keine Verfas-

¹ Kelsen, VVDStRL 5 (1928), 30 (73 f.).

² Instruktiv und grundlegend zu den verschiedenen Formen verfassungsgerichtlicher Normenkontrolle in rechtsvergleichender Perspektive *Cappelletti/Rittersprach*, JöR N.F. 20 (1971), 65 ff.; *Cappelletti*, Il controllo giudiziario di costituzionalità delle leggi nel diritto comparato; *Jestaedt*, in: Verfassungsentwicklung II, S. 3 ff., letzterer zu den Auswirkungen der Wahl zwischen isolierter und integrierter Verfassungsgerichtsbarkeit.

³ Alle Zahlen stammen aus dem Jahresbericht des Bundesverfassungsgerichts 2024, S. 63, abrufbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresbericht/jahresbericht_2024.html?nn=68124 (Stand: 30.1.2026).

⁴ Bis zum Jahr 2020 sind 3.734 konkreten Normenkontrollen gem. Art. 100 Abs. 1 GG beim Bundesverfassungsgericht eingegangen, Jahresstatistik des Bundesverfassungsgerichts 2020, abrufbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Mediathek/Jahresberichte/Jahresstatistiken/2020/statistik_2020_node.html (Stand: 30.1.2026). In den in den folgenden Jahren veröffentlichten Jahresberichten wird nicht mehr zwischen abstrakten und konkreten Normenkontrollen differenziert. Bis zum Jahr 2024 sind jedoch insgesamt nur 4.054 konkrete wie abstrakte Normenkontrollen eingegangen, Jahresbericht des Bundesverfassungsgerichts 2024, S. 63 (Einl. Fn. 3).

⁵ Von zwei Ausnahmen abgesehen, machte die Richtervorlage in den Jahren zwischen

sungsbeschwerde. Während die Richtervorlage in Italien das wichtigste prozessuale Vehikel für die Durchsetzung des Vorrangs der Verfassung und die Konstitutionalisierung der Rechtsordnung ist, ist sie in Deutschland nur zweitrangig. Davon, in welcher Weise die Verfahren vor den Verfassungsgerichten eingeleitet werden können, hängt also in quantitativer Hinsicht tatsächlich das Ausmaß ab, in dem sie ihre Aufgabe als Garant der Verfassung zu erfüllen vermögen. Wie sich die Verfassungsbeschwerde in qualitativer, inhaltlicher Hinsicht auf die Ausgestaltung der Richtervorlage und ihre Funktion bei der Konstitutionalisierung der Rechtsordnung auswirkt, sowohl durch ihre An- als auch durch ihre Abwesenheit, ist eine der zentralen Fragestellungen der vorliegenden Arbeit. Diese Einleitung unternimmt eine erste Annäherung.

A. Methodik

Der grundsätzliche methodische Ansatz dieser Studie ist ein Konzeptvergleich⁶ des in beiden Ländern existierenden und rechtlich ausbuchstabierten Instituts der Richtervorlage und nicht die Suche nach nationalen Lösungen einer länderübergreifenden rechtlichen Fragestellung. Allein, wer davon spricht, wie das Bundesverfassungsgericht seiner Rolle als Hüter der Verfassung im prozessualen Rahmen der Richtervorlage nachkommt und worin es sich darin von der *Corte costituzionale* unterscheidet, darf von der Verfassungsbeschwerde nicht schweigen. Aussagen über die Statik der vom Verfassungsprozessrecht errichteten Ordnung wären notwendigerweise verkürzt, ließe man deren wichtigsten Pfeiler aus. Die vorliegende Untersuchung arbeitet insofern im Sinne der Methode der funktionalen Rechtsvergleichung: Entscheidende Voraussetzung für den Vergleich von Rechtsinstituten ist danach die Frage nach und die Ergründung ihrer Funktion in der jeweiligen nationalen Rechtsordnung.⁷ Eine These dieser Arbeit lautet, dass so manche Funktion, die in Italien der Richtervorlage zukommt, in Deutschland von der Verfassungsbeschwerde erfüllt wird. Die Verfassungsbeschwerde ist der zentrale Unterschied zwischen dem deutschen und dem italienischen Verfassungsprozessrecht. Dadurch sind die Funktionsbedingungen für das Verfahren der Richtervorlage in beiden Ländern unterschiedlich. Die Arbeit unternimmt deshalb den Versuch einer kontextuellen Rechtsvergleichung.⁸ Vor allem die

2010 und 2024 immer die Mehrheit der von der Corte entschiedenen Verfahren aus, erledigt hat die Corte in diesem Zeitraum allein insgesamt 2.381 solcher Verfahren, Jahresstatistik der Corte costituzionale, Giurisprudenza costituzionale dell'anno 2024, S. 7 und 16, abrufbar unter: https://www.cortecostituzionale.it/annuario2024/pdf/Dati_quantitativi_e_di_analisi_2024.pdf (Stand: 30.1.2026).

⁶ Nach Kischel, Rechtsvergleichung, § 3 Rn. 166.

⁷ Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 33; Kischel, Rechtsvergleichung, § 3 Rn. 179 ff.

⁸ Vgl. Kischel, Rechtsvergleichung, § 3 Rn. 146 ff., insbes. 199 ff.

rechtlichen Besonderheiten und Eigenheiten, aber auch die historischen, und politischen Hintergründe beider Länder sollen herangezogen werden, um Unterschiede in der konkreten rechtlichen Ausgestaltung des Verfahrens der Richtervorlage in Deutschland und Italien zu erkennen und zu deuten. Die Kontextualisierung ist eine zweifache: Das in den jeweiligen nationalen Kontext gestellte und darin untersuchte Institut der Richtervorlage dient wiederum dazu, das jeweils andere nationale Verfahren durch den Vergleich zu kontextualisieren.⁹

Der Arbeit liegt die These zugrunde, dass die in rechtlicher Hinsicht bedeutendsten kontextuellen Unterschiede zwischen Deutschland und Italien erstens die Verfassungsbeschwerde und zweitens die umfassende rechtliche Bindungswirkung der bundesverfassungsgerichtlichen Entscheidungen gem. Art. 94 Abs. 4 GG und § 31 BVerfGG sind. Demgegenüber kommt nur den normverwerfenden Entscheidungen der *Corte* gem. art. 136 Cost. rechtliche Bindungswirkung zu.¹⁰ In politischer Hinsicht ist der bedeutendste kontextuelle Unterschied, dass der italienische Gesetzgeber Novellierungsaufträge der *Corte* häufig ignoriert und generell wenig responsiv ist und durch Nichtigerklärungen gerissene Lücken im Normgefüge häufig nicht füllt.¹¹ Armin von Bogdandy und Davide Paris haben diese Unterschiede sehr sinnig auf den Begriff der „Schwäche“ der *Corte* im Vergleich zum Bundesverfassungsgericht gebracht, aus der im Einzelnen indes Stärke erwachsen kann.¹² Im Anschluss an die beiden Autoren geht auch diese Arbeit davon aus, dass die vermeintliche Schwäche der *Corte costituzionale* der Grund für die besondere Relationalität und Diskursivität ist, die gerade ihr Verhältnis zu den Fachgerichten prägt.

B. Ziele und Gang der Untersuchung

Das gesetzlich festgeschriebene Ziel der Richtervorlage in Deutschland gem. Art. 100 Abs. 1 GG, § 78 S. 1 i. V. m. § 82 Abs. 1 BVerfGG und in Italien gem. art. 134, 136 Cost., art. 1 legge costituzionale n. 1/1948 ist es, verfassungswidrige Gesetze aus der Rechtsordnung zu entfernen. Auch die konkreten Mittel zur Verfolgung dieses Ziels sind gesetzlich festgeschrieben. Sie ergeben sich aus dem Verfassungsprozessrecht. Die genauen Modalitäten folgen dabei einerseits aus der Regelung des Verfahrens, in dem die Fragen der Fachgerichte nach der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes den Verfassungsgerichten vorgelegt werden können (siehe hierzu § 1 der Arbeit). Andererseits aus denjenigen Regelungen, die die Entscheidungsvarianten der Verfassungsgerichte und ihre rechtlichen Wirkungen festschreiben und ordnen (siehe hierzu § 2). Die Ausgestaltung und An-

⁹ Vgl. Jestaedt, in: Verfassungstheorie, § 1 Rn. 32.

¹⁰ Ausf. hierzu § 2 A. VI. 2.

¹¹ Ausf. hierzu § 2 B. II. 2. und § 2 C. II. 2. b) und c).

¹² v. Bogdandy/Paris, MPIL Research Paper 2019–01, 1 ff.; dies., Quaderni costituzionali 2020, 9 ff.

wendung jener Regelungen erlauben Aussagen über das Verhältnis der Fachgerichte zu den Verfassungsgerichten. Ausgestaltung und Anwendung dieser Regelungen dagegen ermöglichen Rückschlüsse auf das Verhältnis der Verfassungsgerichte zum Gesetzgeber. Schließlich lassen sich anhand der Analyse der Richtervorlage auch Aussagen darüber treffen, wie das Verhältnis von nationalem und europäischem Recht, namentlich dem Recht der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), und das der Verfassungsgerichte zum Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) und zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Deutschland und Italien ausgestaltet ist (siehe hierzu §§ 2 A. III. 3., 2 A. IV. 2. und 3.).

Das Verfahren der Richtervorlage erweist sich mithin als Kristallisationspunkt, an dem zentrale Gestaltungselemente des Verhältnisses der Fachgerichte zu den Verfassungsgerichten, der Verfassungsgerichte zum jeweiligen nationalen Gesetzgeber und der nationalen zu den europäischen Rechtsordnungen sichtbar werden. Die genaue Analyse der Richtervorlage verspricht Erkenntnisse darüber, wie die Konstitutionalisierung der Rechtsordnung in beiden Ländern abläuft und welche Akteure sie inwiefern übernehmen. Vor diesem Hintergrund möchte diese Arbeit auch den Versuch unternehmen, anhand der kleinteiligen Untersuchung des Verfahrens der Richtervorlage in Deutschland und Italien sowie des Aufzeigens von Unterschieden und Gemeinsamkeiten, Erkenntnisse über die dahinterliegenden Themenkomplexe zu vermitteln. Kontextuelle Rechtsvergleichung erhellt im besten Fall durch die Methode der Kontextualisierung nicht nur das zu untersuchende Rechtsinstitut, sondern leuchtet auch die nationalen Hintergründe aus. Der rechtsvergleichende Blick auf andere Rechtsordnungen dient nicht zuletzt als Standortbestimmung der nationalen Rechtsinstitute: Nur so können vermeintliche Selbstverständlichkeiten hinterfragt und auf ihre rechtliche Wirksamkeit und Funktionalität überprüft werden.¹³ Neben der erforderlichen Vermittlung ausländischer Rechtskunde¹⁴ soll die ausführliche Darstellung des italienischen Verfahrens den Blick für die Besonderheiten und Zwecke der Richtervorlage nach Art. 100 Abs. 1 GG schärfen.¹⁵ Denn „häufig führt erst die Beschäftigung mit dem Fremden zum tieferen Verständnis des Vertrauten.“¹⁶ Schließlich steht die Analyse des Instituts der Richtervorlage im deutschen und italienischen Recht insgesamt im Kontext der voranschreitenden Europäisierung der Rechtsordnungen und der Etablierung eines europäischen Verfassungsgerichtsverbundes.¹⁷ Rechtsvergleichung, insbesondere im öffentlichen

¹³ Häberle, JZ 1989, 913 (916 f.) zufolge ist die Rechtsvergleichung, jedenfalls im Grundrechtsbereich, als fünfte Auslegungsmethode nicht nur essenziell für das Hinterfragen nationaler Selbstverständlichkeiten, sondern auch für die Erkenntnis materieller Inhalte von nationalen Normen.

¹⁴ Zu den Risiken einer bloßen Beschränkung hierauf *Tschentscher*, JZ 2007, 807 (808 f.).

¹⁵ Zur Verfassungskomparatistik als Element der Verfassungstheorie *Jestaedt*, in: Verfassungstheorie, § 1 Rn. 31 f.

¹⁶ *Voßkuhle*, Der Staat 61 (2022), 621 (636).

¹⁷ Vgl. *Voßkuhle*, NVwZ 2010, 1 ff.

Recht, ist essenziell, um dieser Entwicklung in einem gemeinsamen europäischen Rechtsraum sowohl deskriptiv-hermeneutisch als auch analytisch gerecht zu werden.¹⁸

C. Exkurs: Bedeutung und Funktion der Verfassungsbeschwerde

Bevor sich diese Einleitung einer kursorischen Darstellung der rechtlichen Grundlagen des Verfahrens der Richtervorlage in Deutschland und Italien zuwendet, ist ein kurzer Exkurs über die Bedeutung und Funktion der Verfassungsbeschwerde hierzulande angezeigt. Das Bewusstsein um die Rolle der Verfassungsbeschwerde dient gleichsam der Erschließung des deutschen verfassungsprozessualen Hintergrunds und ist damit unerlässlich für das Verständnis von Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der konkreten Ausgestaltung des Verfahrens der Richtervorlage in beiden Ländern.

Die Verfassungsbeschwerde kann gem. Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 Abs. 1 BVerfGG von jedermann mit der Behauptung erhoben werden, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner grundrechtsgleichen Rechte verletzt worden zu sein. Sie ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern den direkten Zugang zum Bundesverfassungsgericht. Der Kontakt mit der Institution Bundesverfassungsgericht erfolgt in allererster Linie über diesen prozessualen Kanal. Die Verfassungsbeschwerde prägt damit das Bild des Gerichts in der Öffentlichkeit ganz wesentlich: Durch sie nehmen die Bürgerinnen und Bürger das Bundesverfassungsgericht als Institution wahr, die ihre Grundrechte gegenüber dem Staat schützt.¹⁹ Damit ist die Verfassungsbeschwerde entscheidend für die hohen Beliebtheitswerte, die das Bundesverfassungsgericht in der öffentlichen Wahrnehmung erreicht.²⁰

Die Verfassungsbeschwerde ist das bestimmende prozessuale Vehikel bei der Konstitutionalisierung der Rechtsordnung und der Entfaltung des Vorrangs der Verfassung.²¹ Nicht nur wegen ihrer numerisch-statistischen Dominanz gilt das Diktum Kelsens: Primär über die Verfassungsbeschwerde entfaltet das Bundesverfassungsgericht seine Funktion als Hüter der Verfassung. Grundsätzlich er-

¹⁸ Vgl. v. *Bogdandy*, JZ 2011, 1 (3 f.).

¹⁹ Vgl. *Möllers*, in: *Das entgrenzte Gericht*, S. 281 (298); *Cornils*, in: *Verfassungsentwicklung II*, S. 77 (79 f., 82 f.); *Löwer*, in: *HStR III*, § 70 Rn. 163; *Kreuter-Kirchhof*, in: *HStR XII*, § 272 Rn. 17; *Bendal/Klein*, *Verfassungsprozessrecht*, Rn. 438; *Walter*, in: *Dürig/Herzog/Scholz*, GG, Art. 93 Rn. 334. Laut *Häberle*, JöR N.F. 45 (1997), 89 (95, 113 f.) wird das Bundesverfassungsgericht durch die Verfassungsbeschwerde zum „Bürgergericht“.

²⁰ Vgl. *Möllers*, in: *Das entgrenzte Gericht*, S. 281 (298); *Cornils*, in: *Verfassungsentwicklung II*, S. 77 (79 f., 82 f.); *Bendal/Klein*, *Verfassungsprozessrecht*, Rn. 438; *Walter*, in: *Dürig/Herzog/Scholz*, GG, Art. 93 Rn. 334. Ausf. hierzu ferner § 2 C. II. 2. c) cc).

²¹ Vgl. nur *Cornils*, in: *Verfassungsentwicklung II*, S. 77 (80, 83 ff.); *Bendal/Klein*, *Verfassungsprozessrecht*, Rn. 439; *Walter*, in: *Dürig/Herzog/Scholz*, GG, Art. 93 Rn. 327, 335.

folgt die Durchsetzung des Vorrangs als subjektiver Rechtsschutz der Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführer. Der subjektive Grundrechtsschutz ist der Kern und der Ausgangspunkt der Funktionen der Verfassungsbeschwerde.²² In- des hat das Bundesverfassungsgericht bereits im Jahr 1972 festgestellt:

„Die Bedeutung der Verfassungsbeschwerde erschöpft sich jedoch nicht im individuellen Grundrechtsschutz des Bürgers. Neben dem ‚kasuistischen Kassationseffekt‘ hat sie einen ‚generellen Edukationseffekt‘ [...]. Darüber hinaus hat sie die Funktion, das objektive Verfassungsrecht zu wahren und seiner Auslegung und Fortbildung zu dienen.“²³

Schließlich determiniert die Ausgestaltung der Verfassungsbeschwerde – sprich die Möglichkeit zur Urteilsverfassungsbeschwerde – zu großen Teilen das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zu den Fachgerichten und des Verfassungsrechts zum einfachen Recht. Die Urteilsverfassungsbeschwerde ist die mit Abstand bedeutendste Variante der Verfassungsbeschwerde.²⁴ Sie richtet sich gegen letztinstanzliche Gerichtsurteile als Akt der öffentlichen Gewalt i. S. v. Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a GG, § 90 Abs. 1 BVerfGG. Sie „verleiht dem Bundesverfassungsgericht die Rechtsmacht, jedes fachrichterliche Erkenntnis, welches vor seine Schranken gebracht wird, als grundrechtswidrig aufzuheben und die Sache an das Ausgangsgericht [...] zurückzuweisen.“²⁵ Durch die Urteilsverfassungsbeschwerde ist das Bundesverfassungsgericht den Fachgerichten faktisch nicht gleich-, sondern übergeordnet;²⁶ dieses Pyramidenmodell ist die spezifisch deut-

²² Vgl. BVerfGE 126, 1 (17); *Gusy*, in: FS 50 Jahre BVerfG, Bd. I, S. 641 (644); *Löwer*, in: HStR III, § 70 Rn. 171; *Hillgruber/Goos*, Verfassungsprozessrecht, Rn. 106; *Bendal/Klein*, Verfassungsprozessrecht, Rn. 452 f.; *Bethge*, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, BVerfGG, § 90 Rn. 8; *Walter*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 93 Rn. 331. Zumindest Zweifel hieran melden vor dem Hintergrund des Annahmeverfahrens *Cornils*, in: Verfassungsentwicklung II, S. 77 (91); *Schlaich/Korioth*, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 275 ff. an.

²³ BVerfGE 33, 247 (259), Anführungszeichen im Original. Instruktiv *Marsch*, AöR 137 (2012), 592 ff.; ferner *Gusy*, in: FS 50 Jahre BVerfG, Bd. I, S. 641 (650 ff.); *Löwer*, in: HStR III, § 70 Rn. 171; *Bendal/Klein*, Verfassungsprozessrecht, Rn. 454 f.; *Schlaich/Korioth*, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 205; *Walter*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 93 Rn. 333. In ähnlicher Weise ist in BVerfGE 81, 278 (290) von der „fallübergreifende[n] Wirkung der Verfassungsrechtsprechung“ die Rede. Zum objektiven Verfassungsschutz als Zweck außerdem BVerfGE 79, 365 (367); 85, 109 (113); 89, 213 (243); 126, 1 (17).

²⁴ In den Jahren 2016 bis 2020 sind 27.424 Verfassungsbeschwerdeverfahren gem. Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a und 4b GG beim Bundesverfassungsgericht eingegangen, davon waren 24.641, also knapp 90 Prozent, Urteilsverfassungsbeschwerden, s. Jahresstatistik des Bundesverfassungsgerichts 2020, abrufbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Mediathek/Jahresberichte/Jahresstatistiken/2020/statistik_2020_node.html (Stand: 30.1.2026). Aus den in den folgenden Jahren veröffentlichten Jahresberichten ist keine Gesamtzahl mehr ersichtlich. Im Jahr 2024 waren jedoch von 4.436 Verfassungsbeschwerden gem. Art. 94 Abs. 1 Nr. 4a 3.830 und damit gut 86 Prozent gegen Entscheidungen von Gerichten gerichtet, s. Jahresbericht des Bundesverfassungsgerichts 2024, S. 52 (Einl. Fn. 3).

²⁵ *Jestaedt*, in: Das entgrenzte Gericht, S. 77 (112).

²⁶ *Jestaedt*, in: Das entgrenzte Gericht, S. 77 (116); *Cornils*, in: Verfassungsentwicklung II, S. 77 (86 f.); *Walter*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 93 Rn. 149.

sche Ausprägung des Modells isolierter Verfassungsgerichtsbarkeit kelsenianisch-österreichischer Art.²⁷

Die Urteilsverfassungsbeschwerde erschwert die Abgrenzung der fachgerichtlichen von den bundesverfassungsgerichtlichen Kompetenzen und des einfachen Rechts vom Verfassungsrecht.²⁸ Mit ihrer Ausstrahlungswirkung sind die Grundrechte nicht nur Maßstab der Wirksamkeit einfachgesetzlicher Normen, sondern auch Maßstab für deren verfassungsgemäße Anwendung und Auslegung.²⁹ Sind in einer Rechtsordnung wie der italienischen nur Normenkontrollverfahren vorgesehen, ist eine Anwendungsüberprüfung durch das Verfassungsgericht kaum möglich, denn Gegenstand der verfassungsgerichtlichen Prüfung kann dann nur der Norminhalt und gerade nicht die Anwendung der Norm in einer fachgerichtlichen Entscheidung sein. Die *Corte* ist mithin von vornherein darauf beschränkt, die Wirksamkeit des einfachen Rechts und seine Auslegung auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen. Erst die Urteilsverfassungsbeschwerde macht jede einfachgesetzliche Rechtsverletzung theoretisch als Grundrechtsverstoß angreifbar.³⁰ Ein rechtsfehlerhaftes Urteil lässt sich als Anwendungsfehler materiell als Grundrechtsverstoß konstruieren. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar festgestellt, dass es nur „bei einer Verletzung von spezifischem Verfassungsrecht durch die Gerichte [...] auf Verfassungsbeschwerde hin eingreifen“ könne,³¹ und „daß die normalen Subsumtionsvorgänge innerhalb des einfachen Rechts so lange der Nachprüfung des Bundesverfassungsgerichts entzogen sind, als nicht Auslegungsfehler sichtbar werden, die auf einer grundsätzlich unrichtigen Anschauung von der Bedeutung eines Grundrechts, insbesondere vom Umfang seines Schutzbereichs beruhen und auch in ihrer materiellen Bedeutung für den konkreten Rechtsfall von einigem Gewicht sind.“³²

²⁷ *Jestaedt*, in: Das entgrenzte Gericht, S. 77 (112 f.); *ders.*, in: Verfassungsentwicklung II, S. 3 (8 f.); *Löwer*, in: HStR III, § 70 Rn. 163.

²⁸ Vgl. *Jestaedt*, DVBl 2001, 1309 ff.; *Cornils*, in: Verfassungsentwicklung II, S. 77 (91 ff.); *Löwer*, in: HStR III, § 70 Rn. 204; *Schlaich/Korioth*, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 281. Zur bundesverfassungsgerichtlichen Auslegungsbefugnis des einfachen Rechts § 2 A. V. 1.

²⁹ Vgl. BVerfGE 51, 304 (323); *Böckenförde*, Der Staat 29 (1990), 1 (8 f.); *Löwer*, in: HStR III, § 70 Rn. 204; *Schlaich/Korioth*, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 288.

³⁰ *Jestaedt*, DVBl 2001, 1309 f.; *Gusy*, in: FS 50 Jahre BVerfG, Bd. I, S. 641 (662 f.); *Jestaedt*, in: Das entgrenzte Gericht, S. 77 (119 ff.); *Cornils*, in: Verfassungsentwicklung II, S. 77 (85 f.); *Löwer*, in: HStR III, § 70 Rn. 191, 204; *Schlaich/Korioth*, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 283 ff.

³¹ BVerfGE 18, 85 (92).

³² BVerfGE 18, 85 (93), sog. Hecksche Formel. Laut *Schlaich/Korioth*, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 293 i. d. R. gemeinsam mit der sog. Mephisto-Formel aus BVerfGE 30, 173 (188) genannt: „Jedoch hat das Bundesverfassungsgericht zu prüfen, ob die angefochtenen Entscheidungen der Gerichte bei der Anwendung bürgerlich-rechtlicher Normen auf einer grundsätzlich unrichtigen Anschauung von der Bedeutung der Grundrechte beruhen, deren Verletzung die Beschwerdeführerin gerügt hat, oder ob das Auslegungsergebnis selbst die geltend gemachten Grundrechte verletzt [...]“.

Klare Grenzen ergeben sich hieraus freilich nicht.³³

Die (Urteils-)Verfassungsbeschwerde ist nach alledem das entscheidende Verfahren, mit dem das Bundesverfassungsgericht die Konstitutionalisierung der Rechtsordnung vorantreibt, da sie das prozessuale Vehikel darstellt, das es dem Gericht ermöglicht, nicht nur die Wirksamkeit praktisch jeden Gesetzes, sondern auch dessen Auslegung und Anwendung am Maßstab der Verfassung zu messen.³⁴

D. Grundlagen

Die folgenden Darstellungen sollen knapp die rechtlichen Grundlagen des Verfahrens der Richtervorlage in Deutschland und Italien umreißen.

I. Gesetzliche Ausgangslage

Das prozessuale Institut der Richtervorlage ist in Deutschland auf Verfassungsebene in Art. 100 Abs. 1 GG geregelt. Absatz 1 sieht dabei mehrere Verfahren vor. Nach Satz 1 entscheiden entweder die Landesverfassungsgerichte oder das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes. Danach, welches Gericht entscheidet, richtet sich auch der Maßstab der Prüfung: entweder die jeweilige Landesverfassung oder das Grundgesetz. Nach Satz 2 ist das Bundesverfassungsgericht zudem dafür zuständig, Landesrecht am Maßstab des Grundgesetzes oder am Maßstab von Bundesgesetzen³⁵ zu prüfen. Die vorliegende Arbeit wird sich ausschließlich mit der Überprüfung von Bundes- und Landesgesetzen am Maßstab des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht gem. Art. 100 Abs. 1 S. 1 Alt. 2, S. 2 Alt. 1 GG befassen. Mit den §§ 13 Nr. 11, 80 ff. BVerfGG hat das Verfahren in Deutschland eine zusätzliche einfachgesetzliche Ausgestaltung erhalten.

In Italien entscheidet die *Corte* gem. art. 134 1° comma Cost. über Streitigkeiten, die die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und der Akte mit Gesetzeskraft des Staates und der Regionen betreffen. Dieser Regelung allein kann nicht entnommen werden, auf welche Art und Weise besagte Streitigkeiten vor die *Corte* gelangen sollen. Wie von art. 137 1° comma Cost. vorgesehen, bedurfte es dafür

³³ Böckenförde, Der Staat 29 (1990), 1 (9) spricht von der Formel als einem Arkanum des Bundesverfassungsgerichts. Einen Versuch der Konkretisierung dieser Grenzen anhand der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung unternehmen Schlaich/Korioth, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 292 ff.

³⁴ Wie hier Bendal/Klein, Verfassungsprozessrecht, Rn. 439; Walter, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 93 Rn. 335.

³⁵ Darunter ist das gesamte Bundesrecht und nicht nur formelle Bundesgesetze zu verstehen, BVerfGE 1, 283 (291 f.); Dederer, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 100 Rn. 58; Wieland, in: Dreier, GG, Art. 100 Rn. 36.

des art. 1 legge costituzionale n. 1/1948, mit dem das Verfahren der Richtervorlage tatsächlich eingeführt wurde. Die *leggi costituzionali* (Verfassungsgesetze) sind ausdrücklich in art. 138 1° comma Cost. vorgesehen. Sie stehen im gleichen Rang wie die Verfassung,³⁶ bedürfen für ihren Erlass gem. art. 138 1° comma Cost. des gleichen Verfahrens wie verfassungsändernde Gesetze und dienen dazu, die Verfassung in von ihr festgelegten Grenzen zu ergänzen.³⁷ Es gibt kein deutsches Äquivalent für diese Rechtsakte. Die abschließende Ausgestaltung des Instituts der Richtervorlage im Einzelnen erfolgte in Italien schließlich durch art. 23 legge n. 87/1953.

II. Zweck der Richtervorlage

Wie bereits festgestellt, sollen verfassungswidrige Gesetze mit der Richtervorlage nach Art. 100 GG, § 78 S. 1 i. V. m. § 82 Abs. 1 BVerfGG aus der Rechtsordnung entfernt werden. Damit dient die Richtervorlage grundsätzlich der Durchsetzung des Vorrangs der Verfassung gegenüber dem Gesetz.³⁸ Hüter der Verfassung zu sein, ist freilich die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts schlechthin, weshalb die Ausrichtung auf die Konstitutionalisierung der Rechtsordnung jedenfalls nicht das prägende Merkmal dieses speziellen Verfahrens ist.³⁹ Einzigartig ist die Richtervorlage vielmehr wegen ihres konkreten Charakters, wegen der Verbindung zwischen dem fachgerichtlichen Ausgangsverfahren und dem bundesverfassungsgerichtlichen Verfahren.⁴⁰ Der Konstitutionalisierung der Rechtsordnung wäre wohl am besten gedient, würde man jedem Gericht die Befugnis zusprechen, verfassungswidrige Gesetze zu verwerfen.⁴¹ Mit Art. 100 Abs. 1 GG wurde diese Befugnis jedoch beim Bundesverfassungsgericht monopolisiert. Vor diesem Hintergrund ist der Hauptzweck des Verfahrens der Schutz des demokratisch unmittelbar legitimierten Gesetzgebers vor der Verwerfung seiner Gesetze durch die Fachgerichte.⁴² Durch die Monopolisierung wird zudem Rechts-

³⁶ Dietrich, Der italienische Verfassungsgerichtshof, S. 118.

³⁷ Pisaneschi, Diritto Costituzionale, S. 52.

³⁸ Heun, AöR 122 (1997), 610 (611); ders., in: FS 50 Jahre BVerfG, Bd. I, S. 615 (621); Dederer, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 100 Rn. 19; Müller-Terpitz, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, BVerfGG, § 80 Rn. 37; Sieckmann/Kessal-Wulf, in: Huber/Voßkuhle, GG, Art. 100 Rn. 2; Wieland, in: Dreier, GG, Art. 100 Rn. 11.

³⁹ Vgl. BVerfGE 1, 183 (197); Hillgruber/Goos, Verfassungsprozessrecht, Rn. 736; Dederer, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 100 Rn. 19.

⁴⁰ Pizzorosso, Quaderni costituzionali 1982, 521 (522 ff.) erblickt in der Richtervorlage die zentrale Gemeinsamkeit des deutschen und des italienischen Verfassungsrechtsschutzsystems, die beide Systeme zu einer Mischung zwischen der Normenkontrolle nach österreichischem und amerikanischem Modell mache. Hierzu auch § 2 C. II. 2. c) bb).

⁴¹ Vgl. Dederer, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 100 Rn. 19.

⁴² BVerfGE 1, 184 (197 f.); 63, 131 (141); 90, 263 (275); 138, 64 Rn. 78 f.; Gerontas, DVBl 1981, 1089 (1090); Heun, AöR 122 (1997), 610 (615); Wernsmann, in: Ehlers/Schoch, § 16 Rn. 4; Hillgruber/Goos, Verfassungsprozessrecht, Rn. 736 f.; Dederer, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 100 Rn. 20; Wieland, in: Dreier, GG, Art. 100 Rn. 11.

unsicherheit und Rechtszersplitterung in der Anwendung formeller Gesetze vorgebeugt.⁴³ Für nur materielle Gesetze wird beides dagegen in Kauf genommen.⁴⁴ Dem konkreten Charakter des Verfahrens entsprechend dient die Richtervorlage nach dem Bundesverfassungsgericht schließlich „der verfassungsgemäßen Entscheidung in einem bestimmten Gerichtsverfahren“.⁴⁵ Ob die Richtervorlage vor diesem Hintergrund auch dem subjektiven Rechtsschutz der Parteien des Ausgangsverfahrens dienen soll, wird diskutiert.⁴⁶

Auch in Italien ist das Proprium der Richtervorlage – ihre Positionierung zwischen dem konkreten Pol des Ausgangsverfahrens und dem abstrakten Pol des verfassungsgerichtlichen Verfahrens mit einer erga omnes wirkenden Entscheidung – der Ausgangspunkt für ihre Funktionsbestimmung.⁴⁷ Ihr werden vor diesem Hintergrund im Wesentlichen drei Zwecke zugeschrieben. Zunächst soll sie dem Schutz subjektiver Rechtspositionen, namentlich der Parteien des Ausgangsverfahrens, dienen, ferner eine verfassungsmäßige Entscheidung im Ausgangsverfahren sicherstellen und schließlich den Vorrang der Verfassung durchsetzen, indem verfassungswidrige Normen aus der Rechtsordnung entfernt werden.⁴⁸ Als ein Aspekt der verfassungsmäßigen Anwendung der Gesetze im Einzelfall wird auch die Sicherstellung der Rechtssicherheit durch die Entscheidungskonzentration bei der *Corte* angesehen.⁴⁹ Der Gedanke des Schutzes des demokratisch legitimierten Gesetzgebers tritt ebenfalls als ein weiterer Aspekt dieser Konzentration oder Monopolisierung in Erscheinung: Er soll sich darin

⁴³ BVerfGE 1, 184 (199 f.); 6, 55 (63); 67, 26 (37); 138, 64 Rn. 78 f.; Löwer, in: HStR III, § 70 Rn. 79; Schlaich/Korioth Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 138; Wieland, in: Dreier, GG, Art. 100 Rn. 13.

⁴⁴ Siehe hierzu auch den folgenden Abschnitt. Daraus, dass nur der demokratisch legitimierte Gesetzgeber geschützt werden soll, schloss das Bundesverfassungsgericht ferner, dass nur nachkonstitutionelles Recht Gegenstand der konkreten Normenkontrolle aus Art. 100 Abs. 1 GG sein könne, denn nur dieses Recht wurde von besagtem Gesetzgeber erlassen und sei insofern schutzwürdig, BVerfGE 2, 124 (128 ff.); 32, 296 (299); 66, 248 (254); 70, 126 (129 f.); Heun, in: FS 50 Jahre BVerfG, Bd. I, S. 615 (622); Schlaich/Korioth, Das Bundesverfassungsgericht, Rn. 137; ausf. hierzu § 1 A. II. 3. a).

⁴⁵ BVerfGE 42, 42 (49). Ähnlich BVerfGE 43, 27 (32 f.). Ferner BVerfGE 46, 268 (283); 67, 26 (33): „Das Verfahren der Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG dient dem Ziel, eine verfassungsmäßige Entscheidung in einem konkreten Rechtsstreit zu gewährleisten.“

⁴⁶ Von mittelbarem Individualrechtsschutz als Zweck gehen aus Michael, ZJS 2012, 756 (758); Hillgruber/Goos, Verfassungsprozessrecht, Rn. 740 f.; Dederer, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 100 Rn. 33; Müller-Terpitz, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, BVerfGG, § 80 Rn. 37. Eher skeptisch Plückelmann, Die Entscheidungserheblichkeit, S. 65 ff.

⁴⁷ Vgl. statt vieler Monaco, La concretezza del giudizio incidentale sulle leggi, S. 201 ff.

⁴⁸ Vgl. Corte cost. sent. n. 119/2015; Pizzetti/Zagrebelsky, Non manifesta infondatezza e rilevanza, S. 63 ff.; Luther, Die italienische Verfassungsgerichtsbarkeit, S. 90; Monaco, La concretezza del giudizio incidentale sulle leggi, S. 201 ff.; Bifulco/Paris, in: IPE VI, § 100 Rn. 57; Ruggeri/Spadaro, Lineamenti di giustizia costituzionale, S. 243; Zagrebelsky/Marcenò, Giustizia costituzionale II, S. 93 ff., 108 f., 111 f.

⁴⁹ Pizzetti/Zagrebelsky, Non manifesta infondatezza e rilevanza, S. 65.

Sachregister

Zentrale Fundstellen sind fett gesetzt.

- abstrakte Normenkontrolle 17 f., 91 f., 135, 145
- Abwägungslehre 230–235, *siehe auch* Unvereinbarerklärung; praktische Konkordanz
- acte clair 150, 152, *siehe auch* Vorabentscheidungsverfahren
- Akte mit Gesetzeskraft 16, **33–35**, *siehe auch atti aventi forza di legge; fonti primarie*
- Albertinisches Statut 53
- amici curiae* 129 f., *siehe auch* Verfahrensbeteiligte
- Amtszeit (der Verfassungsrichter) 119 f.
- Angemessenheitsprüfung, extrinsische und intrinsische 270 f.
- Anwendbarkeit, unmittelbare
- der Verfassung 54 f., 209
 - des Unionsrechts 138, 163
- Anwendungsbefehl, nationaler (innerstaatlicher) 138, 140, 166, *siehe auch* Umsetzungsgesetze
- Anwendungssperre **219 f.**, 225 f., **235 f.**, 262, *siehe auch* Unvereinbarerklärung; Rückwirkung der Nichtigerklärung
- Anwendungsvorrang 13 f., 52, **137**, 140, *siehe auch* Geltungsvorrang; Simmenthal II-Entscheidung
- Appell an den Gesetzgeber 189 f., 260, *siehe auch* Appellentscheidung; *decisioni monito*
- Appellentscheidung **199–201**, 210, 251, 284, *siehe auch decisioni monito*
- Arbeitsteilung (von Fach- und Verfassungsgerichtsbarkeit) 56
- atti aventi forza di legge* 33–35, *siehe auch* Akte mit Gesetzeskraft
- aufgabenakzessorisch 244–246
- aufschiebende Wirkung 102
- ausbrechender Rechtsakt *siehe* Ultra-vires-Kontrolle
- Ausgangsverfahren 18–21, 79 f.
- Auslegung
- doppelte 48
 - höchstrichterliche 49, 59, 74, 208, *siehe auch diritto vivente*
 - konventionskonforme 166, 168–171
 - objektive 65
 - verfassungskonforme 51–74
 - verordnungskonforme 35, 44
- Auslegungsfehler 205
- Auslegungshoheit der Fachgerichte 175, *siehe auch* Auslegungsprimat der Fachgerichte
- Auslegungsprimat der Fachgerichte 204, **207 f.**, 291
- Äußerungsrecht 126 f., *siehe auch* Verfahrensbeteiligte
- Aussetzung des Ausgangsverfahrens 83 f., **113 f.**, 186
- Aussetzungspflicht 235, *siehe auch* Vorlagepflicht (der Fachgerichte)
- Ausstrahlungswirkung der Grundrechte 7, 56
- Autonomie
- der Verfahren 97
 - des Parlaments **46 f.**, 99, 101
- autorità giurisdizionale* 25, *siehe auch* Gericht
- autosufficienza dell'ordinanza di rimessione* 77 f., 98

Avvocatura generale dello Stato 128

Befriedungsfunktion 85

Begründungspflicht der Fachgerichte *siehe auch autosufficienza dell'ordinanza di rimessione*

– in Deutschland 74–76, 85 f.

– in Italien 77 f., 98

Begünstigungsausschluss, gleichheitswidriger 88–90, 226 f., *siehe auch* Gleichheitssatz

Beihilfe zur Selbsttötung 271, 276

Beitrittsrecht 126 f., *siehe auch* Verfahrensbeteiligte

Berichterstatter 121 f.

Berufung der Verfassungsrichter 119 f.

Beschluss (als Entscheidungsvariante) 122–125

Beseitigungsfreiheit 228 f.

Besoldungsrecht 231, 237, 250

Beteiligungsrechte Dritter 130 f., *siehe auch* Verfahrensbeteiligte

Bezeichnung von Gegenstand und Maßstab 47 f., *siehe auch thema decidendum*

Bindungswirkung

– der Entscheidungen der Corte **178 f.**, 255 f.

– der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts **175–178**, 196–198

– faktisch-präjudizielle 198, 203, 255 f.

– negative und positive **207 f.**, 285

Bundesgerichte, oberste 73

Bundesverfassungsgericht *siehe auch* Gericht; Verwerfungsmonopol; Entscheidungserheblichkeit; Vorlagepflicht (der Fachgerichte)

– Aufbau und Zusammensetzung 118 f.

– Auslegungsbefugnis **172**, 193, 208 f.

– Sondervoten **131–135**, 252 f.

– Subsidiarität **81**, 86, 88, 93

– Superrevisionsinstanz 80, 92–94, 165

camera di consiglio **124**, 187, 191, 202

Consiglio di Stato 29

Consiglio Superiore della Magistratura 300

constitutional retrogression 129, *siehe auch* Populismus

Consulta siehe Corte costituzionale contraddittorio 129

controlimiti 37, **140 f.**, 144, *siehe auch* Identitätskontrolle; Kontrollvorbehalte
Corte costituzionale siehe auch Gericht; Verwerfungsmonopol; rilevanza; *zone franche*

– Aufbau und Zusammensetzung 120

– Auslegungsbefugnis 173

– Selbstvorlage **28**, 30, 136 f.

Corte dei conti **27**, 30

Corte di cassazione 40, 73, 100, 159, **204 f.**

decisioni additive 42, **255–257**, 267, 270, 280, *siehe auch rime obbligate*

decisioni additive di principio 258 f., *siehe auch rime possibili*

decisioni di accoglimento parziale

– *interpretativo* 218 f., 285

– *testuale* 218

decisioni di inammissibilità interpretative 64

decisioni di incostituzionalità differita 190, *siehe auch* *decisioni manipolative*

– *pro futuro* 192, 259–261, 267

– *pro praeterito* 263–266

decisioni di merito 123, *siehe auch* Sachentscheidungen

decisioni di rigetto 201 f., 206

decisioni interpretative di accoglimento 207, 218 f., 285

decisioni interpretative di rigetto 60, **202–205**, 207, 285, 297, *siehe auch* *diritto vivente*

decisioni manipolative 188, 253, **254**, *siehe auch rime obbligate; decisioni additive*

– *nello spazio* 254–261

– *nel tempo* 254, 262–267

decisioni monito 205 f., 210, **266**, *siehe auch* Appellentscheidung

decisioni processuali 123, *siehe auch* Prozessentscheidungen

decisioni sostitutive 42, **260 f.**, 267, 270

decreti legge 34, 109

decreti legislativi 35, 45, 109, 155

Deliberation 133 f.

- Dichotomie der Entscheidungsergebnisse 171
- diffuse Normenkontrolle 15 f., 62, 64, 69, 102, 158
- diritti inalienabili della persona* 141
- diritto vivente* **59–61**, 173–175, 204 f., 207, 291, *siehe auch* *decisioni interpretative di rigetto*
- *crisi del* 71
- discrezionalità del legislatore* 187 f., 191
- disposizione* **52**, 173 f., 193, 222, 264, *siehe auch* *norma*
- dissenting opinion* *siehe* Sondervoten
- doppia pregiudizialità* 156, *siehe auch* Unionsrecht
- doppie pronunce* **204**, 207, 259 f., *siehe auch* *diritto vivente*
- dualistisches Verständnis 138, 140, 148, 155, 165, 167
- effektiver Rechtsschutz 87, 102, 240
- Effektivitätsgrundsatz *siehe* *effet utile*
- effet utile* 154
- Einheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung 54, 56, 67
- EMRK 45, 169–171, 298, *siehe auch* konventionskonforme Auslegung; *parametro interposto*
- in Deutschland 165–167
- in Italien 167 f.
- Endentscheidung 82
- Entlastungsargumentation und -funktion 73 f., 86
- Entscheidungsdivergenz 83, 88
- Entscheidungserheblichkeit *siehe auch* *rilevanza*
- Begriff (Entscheidung, Erheblichkeit) 82 f.
- Begründungspflichten 85 f.
- Einzelfälle 86–90
- Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht 91, 93
- Zeitpunkt 84 f., 105 f.
- Entscheidungsprärogative des Gesetzgebers 187, 191, 201, *siehe auch* *discrezionalità del legislatore*
- Enumerationsprinzip 47, 153
- erga omnes* 14, 16 f., 176–178, 195, 277, *siehe auch* *inter partes*
- error in procedendo* 34
- Ersatzgesetzgeber 191, 285, *siehe auch* *decisioni manipolative*
- Erster Senat 121 f., 181, *siehe auch* Bundesverfassungsgericht; Normwiederholungsverbot
- Erweiterung des Entscheidungsgegenstands 135 f., 214 f., 220, 241
- EU-Charta 151, **158–161**, 163 f., 297 f., *siehe auch* Unionsrecht
- EU-Primärrecht 143, *siehe auch* Unionsrecht
- europäische Integration 37
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) *siehe* Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 166–171, *siehe auch* EMRK
- EU-Sekundärrecht 143, *siehe auch* Unionsrecht
- ex nunc* 96, 98, 178, 211, 215
- ex tunc* 97, 178, 190, 211 f., 215, 224
- Fachgerichte *siehe auch* Prüfungskompetenz; Verwerfungskompetenz; Vorlageberechtigung
- Auslegungsprimat 61, 204, 207 f., 256, 285, 291
- Filterfunktion 32
- Nichtanwendungskompetenz, vorläufige 13 f., 38
- Prüfungskompetenz 14–16, 111
- Faschismus 40, 44
- fatti sopravvenuti* 97, 106
- favor legis* 55, 67
- fiat iustitia et pereat mundus* 275
- Filter
- prozessökonomischer 58, 73, 294
- prozessualer 50
- Finanzgerichte 24, 109
- Folgeverantwortung 241, 243, 251, 264, 267, 274 f., *siehe auch* Unvereinbarerklärung; *decisioni manipolative*
- Folgeverfassungswidrigkeit 221
- fonti primarie* 16, 34 f., *siehe auch* Akte mit Gesetzeskraft
- fonti secondarie* 16 f., 34 f., *siehe auch* *regolamenti*

- formelle Gesetze (als Vorlagegegenstand) 33, 109
- Fortgeltungsanordnung *siehe* Weiteranwendungsanordnung
- Freiheitsrechte 227, 229
- freiwillige Gerichtsbarkeit 26 f.
- funktionelle Arbeitsteilung 283
- funktionelle Schranken 245 f.
- funktionsgerechte Aufgabenteilung 76
- funzione nomofilattica (nomofilia)* 72 f.
- Garantie des gesetzlichen Richters 57, 72, 112
- Gazzetta Ufficiale* 217
- Gegengrenzen *siehe* *controlimiti*
- Geltungsvorrang 13, 52, *siehe auch* Anwendungsvorrang
- Gericht *siehe auch* Vorlageberechtigung
- deutsches Gerichtsverständnis 24 f.
 - Einzelfälle vorlageberechtigter Gerichte 26–30
 - freiwillige Gerichtsbarkeit 26 f.
 - italienisches Gerichtsverständnis 25 f.
- gerichtsakzessorische Maßstabsdichotomie 42
- Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) 42 f., 137, 144, 297 f.
- Geschäftsordnung des Bundestags 47
- Gesetze
- materielle 33, 43 f.
 - verfassungsändernde 36 f.
 - vorkonstitutionelle 37–39, 61, 115, 293
- Gesetzesbindung
- der Fachgerichte 64, 89
 - der Verwaltung 236
- Gesetzesdekret *siehe* *decreti legge*
- Gesetzeskraft 175, **177 f.**, 195, 242, 247
- Gesetzgebungsauftrag 233
- Gestaltungsfreiheit, politische 206
- Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 48, 181, **228 f.**, 244, 258, 271
- Gewaltenteilung 46, 228, 244, 246, 252, 269
- Gewaltentrennung *siehe* Gewaltenteilung
- giudicato costituzionale* 179, 183 f., *siehe auch* Normwiederholungsverbot
- giudizio* 25, 29 f.
- *in via incidentale* 17
 - *in via principale* 17
- Gleichberechtigung 280
- Gleichheitssatz 42, 88, 226 f., 255, 257, 269, *siehe auch* Begünstigungsabschluss, gleichheitswidriger
- Görgülü-Entscheidung 165, 171
- Granital-Entscheidung 156, 160, *siehe auch* Anwendungsvorrang
- Grundrechte 53 f., 146 f.
- Grundrechtsgesicht 170, 296
 - Grundrechtskontrolle 138, 140, *siehe auch* Kontrollvorbehalte
 - Grundrechtsschutz 152, 163 f., 244–246, 283
 - Grundrechtsschutz, subjektiver 11 f., 31 f., 170 f., *siehe auch* Rechtsschutz, subjektiver
 - Grundrechtsschutz, systemischer 170 f.
 - objektiv-rechtliche Dimension der Grundrechte 53 f.
- Grundrechtecharta (GRCh) *siehe* EU-Charta
- guerra delle Corti* 60, 204 f., *siehe auch* *decisioni interpretative di rigetto*
- Hängebeschluss 88, 108
- Haushaltsrecht 275
- Herrenchiemseer Entwurf 31
- Herstellungspflicht, gesetzgeberische 225, 236 f.
- horror vacui 254, *siehe auch* normative Lücken; Rechtsvakuum
- Hüter der Verfassung 41, 72, 264, 289, 291, 294
- Identitätskontrolle 37, **138–140**, 142, *siehe auch* *controlimiti*; Kontrollvorbehalte
- illegittimità costituzionale conseguenziale* 220
- inammissibilità* 186 f.
- inardimento del giudizio incidentale* 298
- incostituzionalità sopravvenuta* 263, 286
- Individualbeschwerde 125, 164, 290 f., 294
- Initiativrecht (der Prozessbeteiligten) 20, **31 f.**, 95, 109, 115
- Instabilität, politische 280, 283, 287
- Integrationsverantwortung 142
- interesse ad agire* 101

- interjudizielle Relationalität 70, 73, 134
- interna corporis 46
- inter partes 13 f., 16 f., 176–178, 195,
 - siehe auch* erga omnes
- interpretazione* 66
 - *conforme a Costituzione* *siehe* verfassungskonforme Auslegung
- Interventionsrecht 128 f., *siehe auch* Verfahrensbeteiligte
- inzidente Normenkontrolle 14, 18, 38 f.
- inzidenter Charakter 17 f., 277
- ipso iure 211–213
- isolierte Verfassungsgerichtsbarkeit 1, 7, 51
- itinerario logico* 96
- iura novit curia* 147, *siehe auch* Erweiterung des Entscheidungsgegenstands
- ius superveniens* 97, 106, 187
- judicial review* 277
- judicial self-restraint* 191
- Juridifizierung 252
- Jurisdiktionsstaat 191
- Justizgewährungsanspruch 76, 78, 81, 86, 93 f.
- Justizreform 300
- Kammer (BVerfG) 58, 86, 122, 186, 190
- Kanonisierung des Verfassungsrechts 177, 199
- Kollegialität 122, 132, 134
- Kollisionsregeln 38 f.
- Kompensationsargument 271
- Kompetenzabgrenzung 92 f., 109, 185
- Kompetenz-Kompetenz 268, *siehe auch* Kompetenzabgrenzung
- Kompetenzübergreif 196, 198 f., 208
- Kompetenzusurpation 268, 271
- konkrete Normenkontrolle 17 f., 85, 92, 107
- konkreter Charakter (der Richtervorlage) 9–12, 80, 94, 135, 145, 207
- Konsensorientierung 133
- Konstituierung der Parteien 127 f.
- Konstitutionalisierung
 - der Rechtsordnung 9–12, 54, 114–116, 274, 284–287, *siehe auch* Re-Zentralisierung
 - des Unionsrechts 162
- Kontextualisierung 3
- Kontrollbefugnis *siehe* Prüfungskompetenz (der Fachgerichte)
- Kontrolle
 - externe 103, 172
 - präventive 206
- Kontrollvorbehalte 137 f., 141 f., 145, *siehe auch* Identitätskontrolle; Ultra-vires-Kontrolle; *controlimiti*
- konventionskonforme Auslegung 166, 168 f., 298, *siehe auch* EMRK
- Konvergenz der Prüfungsmaßstäbe 159, 162, 164, *siehe auch* EU-Charta
- konzentrierte Normenkontrolle 15 f., 62, 69
- Konzeptvergleich 2
- Kooperationsverhältnis von Fach- und Verfassungsgerichten 71
- Kreativität der Corte 191, 193
- Landesrecht 33
- legge costituzionale* 167
- leggi* 33, *siehe auch* Akte mit Gesetzeskraft
- leggi-cornice* 45
- leggi elettorali* 99–101, 104, 108, 115, *siehe auch* Wahlgesetze; *zone franche*
- Legitimation, demokratische 268, 299
- lettera* 65
- lex posterior 38 f., 181, 216
- lex superior 38 f.
- Maastricht-Entscheidung 141
- magistrati* 25, *siehe auch* Richter
- manifesta infondatezza* 202
- Marginalisierung der Corte 158
- Maßgeblichkeit der fachgerichtlichen Rechtsauffassung 91, 93
- Maßstabsakzessorietät 177–179, 194 f.
- Maßstabsdualismus 50
- Maßstabsverengung *siehe* Prüfungsmaßstabsverengung
- Melki und Abdeli-Entscheidung 159
- Minderheitsvotum *siehe* Sondervoten
- Modell
 - amerikanisches 15, *siehe auch* konzentrierte Normenkontrolle
 - integriertes und isoliertes 121

- österreichisches 15 f., 51, *siehe auch* konzentrierte Normenkontrolle
- Modifikation des Prüfungsgegenstands 135 f.
- Namensrecht 280
- ne bis in idem 179
- negativer Gesetzgeber 173, 178, *siehe auch* *decisioni manipolative*
- nei sensi di cui in motivazione* 203
- Nichtanwendungskompetenz 13 f., 38
- Nichtigerklärung *siehe auch* Unvereinbarerklärung; Nichtigkeitstheorie; Vernichtbarkeitstheorie
 - in Deutschland 210–217
 - in Italien 217–221
 - Rückwirkung 219 f., 222, 262 f., 267, 274
 - Teilnichtigerklärung 213 f., 218 f.
- Nichtigkeitsdogma *siehe* Nichtigkeitstheorie
- Nichtigkeitsrüge 31, *siehe auch* Initiativrecht (der Prozessbeteiligten)
- Nichtigkeitstheorie **211–213**, 232, 278, *siehe auch* Vernichtbarkeitstheorie
- Nicht-Responsivität des Gesetzgebers 192
- non manifesta infondatezza* 25, 31, **50** f., 74, 77, *siehe auch* Unbegründetheit
- norma* 52, 173 f., 193, 222, 264, *siehe auch* *disposizione*
- normative Lücken 117 f., 254, **282–287**, 295 f.
- normatives Defizit 233
- norme integrative* 19, 97, 114, 130
- norme interposte* 35, **45** f., 109, 154 f., 164, 167 f., *siehe auch* Prüfungsmaßstab der Fachgerichte
- Normenkassation 14, 55, 117
- Normenkontrolle
 - abstrakte 17 f., 91 f., 135, 145
 - diffuse 15 f., 62, 64, 69, 102, 158
 - inzidente 14, 18, 38 f.
 - konkrete 17 f., 85, 92, 107, 135
 - konzentrierte 15 f., 62, 69
 - prinzipale 16–18, 38 f.
- Normenrelation, verfassungswidrige 227 f., *siehe auch* Begünstigungsausschluss, gleichheitswidriger
- norme penali di favore* 99
- Normverwerfung *siehe* Verwerfungskompetenz; Verwerfungsmonopol
- Normverwerfungskompetenz *siehe* Verwerfungskompetenz
- Normwiederholungsverbot 177, 180–185, *siehe auch* *giudicato costituzionale*
- Notverordnung *siehe* *decreti legge*
- Novellierungsappelle *siehe* Appell an den Gesetzgeber
- Novellierungsauftrag *siehe* Appell an den Gesetzgeber
- obiter dictum 200 f.
- Objektivierung des Verfahrens 104, *siehe auch* *torsione astratta*; Verfahren
- Ökotox-Entscheidung 163
- OMT-Entscheidung 141 f.
- ordinanza* 123 f., *siehe auch* Beschluss (als Entscheidungsvariante)
- ordinari strumenti ermeneutici* 65
- Organstreitverfahren 46 f.
- Organtreue 228
- Parallelverfahren 113, 235
- parametro interposto* 154, 157, 167, *siehe auch* *norme interposte*
- Parlamentsautonomie 46 f.
- Parteienproporz 119
- Parteiverbot 301
- petitum* 100, 107
- political question doctrine* 189, 191
- Politisierung 147
- Populismus 72, 299
- pouvoir constituant / pouvoir constitué 37, 240
- Präjudiz *siehe* Präjudizienwirkung
- Präjudizienwirkung 19, 21, 78, 176, 198
- praktische Konkordanz 232, 240, *siehe auch* Abwägungslehre
- predominio assiologico* 168
- pregiudizialità* 96
- principi fondamentali dell'ordinamento costituzionale* 141, *siehe auch* *principi supremi*
- principio*
 - *della presunzione di legittimità costituzionale delle leggi* 55
 - *della totalità* 256

- *di conservazione dei valori giuridici* 55, *siehe auch* favor legis
- *di corrispondenza tra chiesto e pronunciato* 136, 147, 221
- principi supremi* 36 f., *siehe auch* *principi fondamentali dell'ordinamento costituzionale*
- prinzipale Normenkontrolle 16–18, 38 f.
- processo cautelare* 102
- Prognoseentscheidung 80, 84
- Programmsätze 53 f.
- Prozessentscheidungen 186, 190, *siehe auch* Unzulässigkeitsentscheidung
- Prüfungsbefugnis *siehe* Prüfungskompetenz (der Fachgerichte)
- Prüfungsgegenstand der Verfassungsgerichte 135–137, *siehe auch* *thema decidendum*
 - Modifikation 135 f.
 - Unionsrecht 137–142
- Prüfungskompetenz (der Fachgerichte) 14–16, *siehe auch* Verwerfungskompetenz; Verwerfungsmonopol
- Prüfungsmaßstab der Fachgerichte 23, **44–47**, 110, *siehe auch* *norme interposte*
- Prüfungsmaßstab der Verfassungsgerichte *siehe auch* *thema decidendum*
 - EMRK als Prüfungsmaßstab 165–169
 - Unionsrecht als Prüfungsmaßstab 148 f., 154 f., 158, 164
 - Verfassung als Prüfungsmaßstab 146–148
- Prüfungsmaßstabsverengung 147, 178
- Prüfungspflicht 111
- Prüfungsrecht der Fachgerichte 111
- pubblica udienza* 125 f., *siehe auch* Verhandlung, mündliche
- pubblico ministero* 128, 300, *siehe auch* Staatsanwaltschaft

- quasilegislatorische Interimsherrschaft 241
- Quorum 125

- ragionevolezza* 262, 269–271, 273, 276
- rapporti esauriti* 220, 222, 263
- ratio decidendi 222
- Recht auf Vergessen-Entscheidungen **150–153**, 163, 297 f., *siehe auch* EU-Charta
- Recht auf Verteidigung 258

- Rechtseinheit 41, 44, 68, 73, 79, 254, *siehe auch* Rechtszersplitterung
- Rechtsetzungsdirektiven **248 f.**, 252, 279, 283
- Rechtsfolgen
 - der Nichtigkeit 215 f.
 - der Unvereinbarerklärung 224–226
- Rechtsfortbildung **65–68**, 148, 151–153, 258, 286, *siehe auch* verfassungskonforme Auslegung
- Rechtsidee 216
- Rechtskraft 175–177, *siehe auch* *giudicato costituzionale*
- Rechtsmittelgericht 81
- Rechtsmittelinstanz 91
- Rechtsprechungswende (Corte) **63**, 69, 78 f.
- Rechtsschöpfung, richterliche 69
- Rechtsschutz
 - subjektiver **6**, **31 f.**, 95, 265 f., 277 f., *siehe auch* Initiativrecht (der Prozessbeteiligten)
 - vorläufiger 86–88, 108
- Rechtsschutzgarantie *siehe* effektiver Rechtsschutz
- Rechtssicherheit 41, 44, 201, 214–216, 237 f.
- Rechtsstaatsprinzip 239 f.
- Rechtsunsicherheit 259
- Rechtsvakuum 231, 233, 239, *siehe auch* horror vacui; normative Lücken
- Rechtsvergleich 4, 21
- Rechtszersplitterung 40 f., 44, 71, 149, 152, *siehe auch* Rechtseinheit
- Regelungslücken 267
- Regionalgesetze 33, 45
- regolamenti* 17, 34 f., *siehe auch* Verordnungen
- regolamenti parlamentari* 46
- relative Verfassungswidrigkeit *siehe* Normenrelation, verfassungswidrig
- Reservekompetenz 140, *siehe auch* Solange-Rechtsprechung
- restituzione degli atti* 123 f., 126, 186 f., *siehe auch* Prozessentscheidungen
- Re-Zentralisierung 64, 69, 158, 190, 287, 292 f., *siehe auch* Konstitutionalisierung
- Richter 25, *siehe auch* magistrati

- gesetzlicher *siehe* Garantie des gesetzlichen Richters
- Richterrecht 302
- Richtervorlage *siehe auch* konkrete Normenkontrolle; *giudizio*; Vorlageberechtigung
- konkreter Charakter 17–21, 80, 94, 145, 207
- Wesen 17–21
- Zwischenverfahren 18 f., 84 f.
- rilevanza* **94–96**, 292 f., *siehe auch* Entscheidungserheblichkeit
- Begründungspflichten 98
- Einzelfälle 98–102
- Kontrolle durch die Corte 102 f.
- *rilevanza-applicabilità* 95
- *rilevanza-influenza* 95 f.
- Zeitpunkt 97 f.
- rime obbligate* **188 f.**, **257 f.**, 261 f., 270, 286, *siehe auch* *decisioni manipolative*; *rime possibili*
- rime possibili* 257, **259–262**, *siehe auch* *rime obbligate*
- Robin-Hood-Tax 264, 275, 292
- Rückwirkung der Nichtigerklärung 219 f., 222, 262 f., 267, 274
- Rückwirkungsverbot 99

- Sachentscheidungen 186, 193
- sachkundige Dritte 127
- Schiedsgerichte, private 27 f.
- Schonung des Gesetzgebers 55, 67 f., 213, *siehe auch* *favor legis*
- Schranken der Verfassungsänderung, materielle 36 f., *siehe auch* *controlimiti*; Identitätskontrolle
- Schutz des demokratisch legitimierten Gesetzgebers **9–12**, 33, 58, 87, 113, 148
- Schutzlücke 151 f., 164 f.
- Schutzpflichten 200, 233, 242, 244 f., 282 f.
- Schwäche der Corte 70, 134, 175, 210, 283, 296
- Schwangerschaftsabbruch 241 f., 245, 276
- Selbstvorlage **28**, 30, 136 f., 145
- Senate 118–121, *siehe auch* Erster Senat; Zweiter Senat
- sentenza* 123 f., *siehe auch* Urteil
- sichere Herkunftsstaaten 299 f.
- Sicherungsverwahrung II-Entscheidung 165
- Simmenthal II-Entscheidung 153, 156, *siehe auch* Anwendungsvorrang
- Solange-Rechtsprechung 140, *siehe auch* Grundrechte; Kontrollvorbehalte
- Sondervoten **131–135**, 252 f.
- Sozialstaat 54
- Staatsanwaltschaft 31, 77, 114, 128, 300, *siehe auch* *pubblico ministero*
- Sterbehilfe 189 f.
- Stimmengleichheit 131 f.
- Strafmaß 270, 276
- Strafvollstreckungsgerichte 27
- Streitgegenstand *siehe* Prüfungsgegenstand der Verfassungsgerichte; *thema decidendum*
- Stufenbau der Rechtsordnung 52
- Stufentheorie der Rechtsfolgenwahl 251
- Subsidiarität (des Bundesverfassungsgerichts) **81**, 86, 88, 93
- Superrevisionsinstanz 80, 92–94, 165

- Teilbarkeit eines Gesetzes 214
- Teilnichtigerklärung 67, 197, 205, **213 f.**, **218 f.**, 254, *siehe auch* verfassungskonforme Auslegung
- tertium comparationis **229**, 257 f., 262, 269 f.
- thema decidendum* 48, 128, **136 f.**, 146
- tono costituzionale* 161
- torsione astratta* 115, 279, 292, *siehe auch* Objektivierung des Verfahrens
- tragende Gründe 176 f., 180, 198, 248
- Trennungsthese 151, *siehe auch* dualistisches Verständnis; Recht auf Vergessen-Entscheidungen; Verbundschutz

- Übergangsrecht, richterliches **241–247**, 285, 295 f., *siehe auch* Unvereinbarerklärung; Weiteranwendungsanordnung
- Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit
 - richterliche 49 f.
 - subjektive 59, 62
- Ultra-vires-Kontrolle 138–140, 142, *siehe auch* Kontrollvorbehalte
- Umsetzungsgesetze 143 f., 149
- Umsetzungsspielraum 143 f., 149

- Umwandlungsgesetz 34
- Unbegründetheit
- der Vorlage 178 f.
 - offensichtliche 61, 123–125, 206
- Unionsrecht 42 f., **137 f.**, *siehe auch* EU-Charta; EU-Primärrecht; EU-Sekundärrecht; Anwendungsvorrang; *controlimiti*
- als Prüfungsgegenstand 141–146, 149 f., 155
 - als Prüfungsmaßstab 148–165
 - Kontrollvorbehalte 137 f., 141 f., 145
- unionsrechtliche Determinierung 143 f., 151, 161 f.
- univoco tenore letterale* 65
- Untätigkeit, gesetzgeberische 189–192, **249 f.**, 254–261, **271–273**, 280
- Unterlassen, gesetzgeberisches **41 f.**, 189, 233–235, 255, 271, *siehe auch* *decisioni additive*
- Untermaßverbot 242
- Unvereinbarerklärung **223–226**, *siehe auch* *decisioni manipolative*; Abwägungslehre
- Begründungsansätze 226–235
 - Rechtsfolgen 224–226, 235–238
 - Unterlassen, gesetzgeberisches 233 f.
 - Weiteranwendungsanordnung 238–241
- Unvereinbarkeitserklärung *siehe* Unvereinbarerklärung
- Unzulässigkeitsentscheidung **186–193**, 205, 266, 284
- in Deutschland 186
 - in Italien 186–190
 - offensichtliche 123 f.
- Urteil 122, 124 f.
- Urteilsverfassungsbeschwerde **5–8**, 70–73, 112–116, 164 f., *siehe auch* Verfassungsbeschwerde
- Verbundschutz 151, *siehe auch* Trennungsthese
- Vereinbarerklärung 194 f., 206
- Verfahren
- gerichtsförmiges 25, 29 f.
 - objektives 19 f., 85, 89 f., 97, 105, 126, *siehe auch* Objektivierung des Verfahrens
 - subjektives 20
- Verfahrensablauf 121
- Verfahrensbeteiligte 126–131
- Verfahrensstau 123 f., 202
- Verfassungsbeschwerde 1 f., **5–8**, 289 f., *siehe auch* Urteilsverfassungsbeschwerde
- Funktionen 5 f.
 - Urteilsverfassungsbeschwerde **5–8**, 70–73, 112–116, 164 f.
- Verfassungsdurchsetzung 243 f., 272
- verfassungsgebende Versammlung 50
- verfassungsgerichtliche Auslegungsbefugnis **171–175**, 193, 202, *siehe auch* *diritto vivente*; *disposizione*
- Verfassungsidentität 139 f., 142, 166, 169
- Verfassungsinterpretation, authentische und autoritative 181
- verfassungskonforme Auslegung *siehe auch* *diritto vivente*; Konstitutionalisierung
- als Zulässigkeitsvoraussetzung in Deutschland 56–58
 - als Zulässigkeitsvoraussetzung in Italien 58–64
 - durch das Bundesverfassungsgericht 194–199, 285
 - durch die *Corte* 168, **202–205**, 209, 293 f., *siehe auch* *decisioni interpretative di rigetto*
 - Grenzen 64–66
 - Herleitung 52–56
 - Kritik 66–69
- Verfassungspatriotismus 72
- Verfassungsprozessrecht 110, 221, 265, 268 f., 277 f.
- Verfassungsrecht
- als Vorlagegegenstand 36
 - verfassungswidriges 44
- Verfassungstreue 182
- Verfassungsüberlieferungen, gemeinsame 162 f.
- Verfassungswidrigkeit *siehe* Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit
- Verhältnismäßigkeit 264 f., 276, 296
- Verhandlung, mündliche 125 f.
- Vermutung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze 55, *siehe auch* *favor legis*
- Vernichtbarkeitstheorie 211–213, 278, *siehe auch* Nichtigkeitstheorie

- Verordnungen 16 f., *siehe auch* *regolamenti*
- verordnungskonforme Auslegung 44
- Verwaltungsaktrücknahme 216 f.
- Verwerfung 13 f.
- Verwerfungsbefugnis *siehe* Verwerfungskompetenz
- Verwerfungskompetenz 12–17, 139, 149 f., 152 f., 155, *siehe auch* Prüfungskompetenz (der Fachgerichte); Verwerfungsmonopol
- für vorkonstitutionelle Gesetze 37–41
- Verwerfungsmonopol 12–17, 38–41, 61 f., 67 f., 149–152, 156 *siehe auch* Verwerfungskompetenz
- viaggi in Italia* 282
- völkerrechtliche Verträge 45
- Volkssouveränität 139
- Vorabentscheidungsverfahren 42, 149, *siehe auch* Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)
- Vorfrage, verfassungsrechtliche 91
- Vorlage *siehe* Richtervorlage; Vorlageberechtigung; Vorlagepflicht (der Fachgerichte)
- Vorlageberechtigung *siehe auch* Gericht
- Einzelfälle vorlageberechtigter Gerichte 26–30
 - in Deutschland 24 f.
 - in Italien 25 f.
 - Initiativrecht (der Prozessbeteiligten) 31 f.
 - subjektives und objektives Element 25, 27–29
- Vorlagebeschluss *siehe* Vorlage- und Aussetzungsbeschluss
- Vorlagegericht *siehe* Gericht; Vorlageberechtigung
- Vorlagepflicht (der Fachgerichte) 87, **110–113**, 182, 211 f.
- Vorlage- und Aussetzungsbeschluss 75, 77, 113 f.
- Vorrang
- der Verfassung 2, 9, **53–56**, 117, 274, 284
 - des Unionsrechts 137 f.
- Wahl der Verfassungsrichter 119 f.
- Wahlgesetze **99 f.**, 115, 220, 263, 275, 292, *siehe auch* *leggi elettorali*
- Wahlrecht, subjektives 100 f.
- Weiteranwendungsanordnung 225 f., **238–241**, 285 f., *siehe auch* Unvereinbarerklärung
- Weitertgeltungsanordnung *siehe* Weiteranwendungsanordnung
- Werteordnung 54
- Wiederaufnahme 216
- Wiedervorlage 179, 187, 190, 208, 256
- Willkür 112
- Wortlaut (als Auslegungsgrenze) 65 f.
- Zeitpunkt
- der Entscheidungserheblichkeit 84 f., 105 f.
 - der *rilevanza* 97 f., 105 f.
- zone franche* **98–101**, 106–110, 272, 292 f.
- Zustimmungsgesetz 143–145, 166
- Zweidrittelmehrheit 119
- Zweiter Senat 121 f., 181, *siehe auch* Bundesverfassungsgericht; Normwiederholungsverbot
- Zwillingssenat 121
- Zwischenentscheidung 82
- Zwischenverfahren 18 f., 84 f.